

Nationalrat
Conseil national
Consiglio nazionale
Cussegl naziunal



Yvonne Feri
Etzel matt 12
5430 Wettingen
yvonne.feri@parl.ch

17.03.2017

Bericht aus der Session – Nummer 22 **Rückblick auf die Frühlingssession**

Geschätzte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Schon ist die erste Session 2017 vorbei – eine Session, die vor allem von einem Thema dominiert wurde. Die Altersvorsorge stand im Zentrum der Berichterstattung und die Räte haben hart um eine Einigung gekämpft. Einen Kompromiss vorzulegen bedeutet, dass man eine von allen beteiligten Personen akzeptierte Lösung findet, zu der man durch gegenseitige Zugeständnisse gelangt. Glücklicherweise haben wir dieses Ziel dann in letzter Minute doch noch erreicht. Nach einem knappen Ja in der Schlussabstimmung steht nun noch die Volksabstimmung im September an.

Die SP ist in mehreren Punkten von ihrer ursprünglichen Haltung abgerückt (bspw. beim Frauenrentenalter und bei der Senkung des Umwandlungssatzes), damit diese Reform ein Erfolg wird. Zugeständnisse sollen und dürfen aber nicht nur von linker Seite kommen. Auch die bürgerliche Seite muss bereit sein, eigene Interessen zurückzustellen und Kompromissbereitschaft zu zeigen! Die Renten müssen gesichert bleiben und sowohl die unteren Einkommen als auch die Teilzeitarbeit müssen bessergestellt werden. Die SP ist erfreut, dass das Parlament Verantwortung gezeigt hat und die Reform der Altersvorsorge angenommen hat.

Ein bunter Tag war der Weltfrauentag am 8. März. Viele strickende Menschen mit Pussyhats waren in den Gängen des Bundeshauses und auf dem Bundesplatz anzutreffen. Auf jeden Fall hat die Wahl von Donald Trump zum amerikanischen Präsidenten dem Weltfrauentag in diesem Jahr zu einem grossen Medienecho verholfen. Schade erhält dieser Tag nicht immer so viel Aufmerksamkeit!

Mein Postulat Analyse der Situation von Flüchtlingsfrauen wurde am 15. März angenommen. Die veröffentlichte Kurzmeldung dazu lautete folgendermassen: «Der Bundesrat muss die Situation von Flüchtlingsfrauen in der Schweiz analysieren. Das verlangt der Nationalrat mit einem angenommenen Postulat von Yvonne Feri (SP/AG). Flüchtlingsfrauen seien besonders sexueller

Gewalt, Belästigung und Ausbeutung ausgesetzt, machte Feri geltend. Das gelte nicht nur im Krisengebiet, aus dem sie fliehen würden, sondern auch während der Flucht und sogar im Land, in dem sie Asyl beantragten. Der Bundesrat soll vor diesem Hintergrund den Umgang der Schweiz mit geflüchteten Frauen untersuchen.»

Über diese Annahme freue ich mich sehr. Es geht mir vor allem darum, eine objektive Grundlage zu schaffen, um zielgerichtet zu handeln. Es stellen sich Fragen wie: Wie werden gewaltbetroffene Frauen heute bei ihrer Ankunft in der Schweiz identifiziert? Wie werden sie im weiteren Verlauf des Asylverfahrens betreut und begleitet? Multilaterale Frauenrechts-Abkommen wie die UNO-«Frauenrechtskonvention» (CEDAW) oder auch die von der Schweiz unterzeichnete «Istanbul Konvention» des Europarates verpflichten die Vertragsstaaten, Asylverfahren und Asylunterbringungen gendersensibel zu gestalten und geeignete Massnahmen zur Unterstützung von gewaltbetroffenen Frauen und Mädchen zu ergreifen.

Wir brauchen eine Analyse der Situation von Flüchtlingsfrauen. Denn nur basierend auf Daten und Fakten ist es uns möglich, den Flüchtlingsfrauen die Unterstützung welche ihnen zusteht effizient zu gewährleisten.

In dieser Session gab es von meiner Seite folgende neuen Vorstösse:

- Stärkung der Pflegeberufe (Anfrage vom 2. März, eingereicht)
- Überprüfung der Bewilligungspraxis für Flugshows (Postulat vom 9. März)
- Bericht über die Notwendigkeit, Nutzbarkeit, Finanzierung von Familienzentren (Postulat vom 9. März)
- Konzept seltene Krankheiten (Interpellation vom 9. März)
- Menschen mit Beeinträchtigungen in Bezug auf die internationale Zusammenarbeit (Interpellation vom 16. März)

Details dazu finden Sie unter: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista?k=PdBusinessCouncilorPersonNumber=4069>:

Im Dezember 2016 habe ich die Motion Schutz von Minderheiten vor terroristischer und extremistischer Gewalt eingereicht. Obwohl der Bundesrat im Februar eine Annahme empfahl, hat sich Matthias Jauslin aus der FDP entschieden, diese zu bekämpfen. Ich finde das sehr schade und bin gespannt auf seine Begründung.

Ausgewählte Geschäfte dieser Frühlingssession waren ausserdem:

BILDUNG: Der Nationalrat will den Bundesrat beauftragen, Massnahmen zu ergreifen, um die schulische Integration von spät zugewanderten Jugendlichen zu verbessern. Die grosse Kammer stimmte mit 108 zu 70 Stimmen für eine Motion der Wissenschaftskommission (WBK). Damit greift sie ein dringendes Anliegen der Kantone auf. Die Zahl der zugewanderten Jugendlichen habe in den letzten Jahren im Vergleich zur übrigen Migrationsbevölkerung stark zugenommen, argumentiert die WBK. Junge Erwachsene, die beim Zeitpunkt der Einreise in die Schweiz bereits zu alt für die obligatorische Schule seien, lernten jedoch die Sprache nicht und fänden später keine Lehrstelle, sagte Matthias Aebischer (SP/BE) im Namen der Kommission. Hier bestehe dringender Handlungsbedarf.

LERNFAHRER: Jugendliche dürfen möglicherweise schon bald mit 17 Jahren ans Steuer sitzen. Der Bundesrat plant, die Altersgrenze für das begleitete Autofahren zu senken. Konkrete Vorschläge sollen demnächst vorliegen, wie Verkehrsministerin Doris Leuthard in der Fragestunde des Nationalrats erklärte. Damit würde sich die Zeitspanne des begleiteten Fahrens verlängern. Fahrschüler könnten mehr Praxis sammeln, was der Sicherheit zu Gute komme, sagte Leuthard.

Die Prüfungen sollen strenger werden. Andererseits soll einer der zwei Wiederholungskurse abgeschafft werden.

KLIMA: Die Schweiz soll sich am Kampf gegen den Klimawandel beteiligen. Der Nationalrat hat am Donnerstag das Pariser Abkommen genehmigt, mit 123 zu 62 Stimmen bei 8 Enthaltungen. Dagegen stellte sich die SVP. Umstritten war, wie stark die Schweiz den CO₂-Ausstoss reduzieren soll. Geht es nach dem Bundesrat und dem Nationalrat, verpflichtet sie sich auf das Ziel, das sie der UNO bereits angekündigt hat: Bis 2030 sollen die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 50 Prozent gesenkt werden. Ein Antrag von SVP- und FDP-Vertretern für 40 Prozent wurde mit 104 zu 87 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Die Debatte drehte sich um die Folgen des Klimawandels. Zur Sprache kamen schmelzende Gletscher, Überschwemmungen, Klimaflüchtlinge, rülpfende Kühe und "alternative Fakten".

HOOLIGANS: Demolierte Züge, Drohungen gegen Bahnpersonal und Saubannerzüge durch die Bahnhöfe sollen der Vergangenheit angehören - und das ohne neues Gesetz. Der Nationalrat will von der Pflicht für Fans, in für sie vorgesehenen Zügen und Bussen zu reisen, nichts mehr wissen. Stillschweigend schrieb er die für die Fanzugpflicht nötige Änderung des Personenbeförderungsgesetzes ab. Schon 2014 hatte er die Vorlage an den Bundesrat zurückgeschickt mit dem Auftrag, mit Sportverbänden, Clubs, Fanorganisationen, Verkehrsunternehmen und Kantonen Lösungen zu suchen. Inzwischen seien Massnahmen zur Verbesserung der Fantransporte ergriffen worden, schrieb die Verkehrskommission in ihrem Bericht.

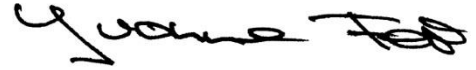
ONLINE-SPIELE: Das Parlament will den Internetzugang zu in der Schweiz nicht zugelassenen Online-Geldspielen sperren. Das hat nach dem Ständerat am Mittwoch auch der Nationalrat entschieden, und zwar überraschend deutlich. Leicht machte es sich die grosse Kammer mit der umstrittenen Frage zum Geldspielgesetz nicht: Sie diskutierte nicht weniger als vier Konzepte. Eines hatte die Rechtskommission erarbeitet, drei wurden in Minderheitsanträgen eingebracht. Netzsperrern forderten SP, FDP und CVP mit einem Minderheitsantrag ein, der deutlich angenommen wurde - selbst von einer Mehrheit der SVP-Mitglieder. Votanten aus der SVP-Fraktion hatten sich zuvor vehement gegen Sperrern ausgesprochen. Auch der Bundesrat befürwortet Sperrern von verbotenen Angeboten.

GEBÄUDE: Der Nationalrat will keine zusätzlichen Massnahmen, um die energetische Sanierung von Gebäuden anzukurbeln. Er hat ein Postulat aus der Grünen Fraktion abgelehnt. Mehr als 45 Prozent der in der Schweiz verbrauchten Energie werde für Gebäudeheizungen und für Warmwasser verbraucht, sagte Lisa Mazzone (Grüne/GE). Trotz Energiestrategie 2050 gehe die Effizienzsteigerung zu langsam voran. Beim aktuellen Tempo brauche es über 100 Jahre, bis ein zufriedenstellender Zustand erreicht sei. Laut Umweltministerin Doris Leuthard ist die Forderung mit den beschlossenen Massnahmen und den steuerlichen Anreizen bereits erfüllt. Es brauche keine neuen Berichte.

BAUEN: Der Nationalrat ist gegen eine Harmonisierung des Baurechts auf Bundesebene. Damit liesse sich effizienter und kostengünstiger bauen, sagte Susanne Leutenegger Oberholzer (SP/BL), die eine Motion mit dieser Forderung eingereicht hatte. Das Einsparpotenzial bezifferte sie mit mehreren hundert Millionen Franken. Ein Konkordat der Kantone habe eine Vereinheitlichung von Baubegriffen und Messwesen zum Ziel, einige Kantone seien diesem aber nicht beigetreten. Es gelte die kantonale Hoheit zu respektieren, sagte Bundesrätin Doris Leuthard. Sie verwies auch auf das von der Verwaltung ausgearbeitete Musterbaugesetz, an dem sich die Kantone orientieren können.

Zum Schluss möchte ich Ihnen noch **den Kinofilm «Die göttliche Ordnung»** ans Herz legen. Ein Schweizer Film, der Anfang der 70er-Jahre spielt. Im Zentrum steht Nora, eine Ehefrau mit zwei Kindern, die sich für das Frauenstimmrecht einsetzt. Dieses Engagement bringt den Familienfrieden und das Gleichgewicht in ihrem Wohnort ins Wanken. Mich hat der Film sehr berührt und begeistert. Ich möchte in diesem Zusammenhang einmal mehr daran erinnern, dass die Möglichkeit zu wählen und abzustimmen nicht eine Pflicht, sondern ein Recht ist! Und dieses Recht sollten wir unbedingt wahrnehmen.

Ich grüsse Sie herzlich und wünsche eine schöne Frühlingszeit



Yvonne Feri

Nationalrätin SP/AG
Präsidentin Stiftung Kinderschutz Schweiz